

MOHAMMAD AYUB KHAN, President of Pakistan  
**Friends not Masters**  
A Political Autobiography  
Oxford UP, London 1967, XIV, 275 S.

Den Titel des Buches macht in aufschlußreicher Weise der Satz des Textes (S. 153) verständlich: "People in developing countries seek assistance, but on the basis of mutual respect; they want to have friends not masters." Dieses Verständnis des Titels deutet zugleich an, um was es sich in der Sache — trotz der Bezeichnung als Autobiographie — handelt: Nicht um einen Rückblick, insbesondere nicht um eine Geschichte der Dekolonisation Indiens, sondern um eine allerdings auch geschichtlich begründete Verlautbarung grundlegender Auffassungen und der entsprechenden Programme insbesondere auch für die Verfassungsgestaltung Pakistans. Eben hierin liegt die ungemaine Wichtigkeit des Buches sowohl für die praktische Politik wie für die gegenwartsbezogene Wissenschaft.

Der Werdegang des Verfassers, der ihn in erfolgreicher Karriere als Berufsoffizier bis an die Spitze der Armee geführt hatte, ist entsprechend kurz behandelt. Schon der Vater unseres Autors ist Offizier gewesen —, sein imposantes Bild ist wiedergegeben. Der Sohn genießt seine Ausbildung auch in Sandhurst. Von diesem Aufenthalt erfährt man mit Verwunderung: "There was a sizeable community of Indian cadets at Sandhurst at that time and we clung to one another. Somehow we all sensed that we were regarded as an inferior species." (S. 10). Als Oberbefehlshaber der Armee wird der Verfasser 1958 zum Präsidenten seines Landes berufen. Die Umstände, die diesen Schritt notwendig gemacht haben, werden chronikartig wiedergegeben (S. 58 ff.).

Der systematische Teil beginnt mit einer Darlegung der außenpolitischen Ansichten des Präsidenten. Hier fällt sogleich die tiefeingewurzelte Feindseligkeit gegen Indien auf. Sie kennzeichnet bereits die Gründe für die Schaffung eines selbständigen Pakistan: "Freedom, as far as we (Muslims) were concerned, meant

freedom from both the British and the Hindus." (S. 12). Später heißt es hierzu: "Our demand for a homeland of our own was based on the realization that we would have no place worth the name in a society, which was governed by a rigid caste system." (S. 136); und: "It was Brahmin chauvinism that had forced us to seek a homeland of our own, where we could order our life according to our own thinking and faith." (S. 172). In dieser Linie liegt es, wenn der Verfasser Indien alles Böse zutraut —, bis hin zur Einverleibung Pakistans oder jedenfalls dessen Herabdrückung zu einem Satelliten (S. 115). Was die Weltpolitik angeht, so hält er „Blockfreiheit“ für den einzigen Kurs, den Pakistan steuern kann. Denn: "All we want is to be left alone to work for the security of our country and development of our people. We are not in the market for becoming partisans in their (sic. der Weltmächte) struggle for power." (S. 120).

Für diese Zeitschrift vor allem wichtig sind die Vorstellungen, die der Präsident über eine für Pakistan angemessene und förderliche Verfassung hegt. In diesem Zusammenhang fällt als erstes die Schärfe auf, mit der er sich gegen die Ulema, diese berufsmäßigen Hüter des Islam, wendet (S. 195 ff.). Dem Präsidenten zufolge kann ein moderner Staat eine solche Oberherrschaft nichtstaatlicher Kräfte nicht dulden (S. 199). Vor allem aber ist es das fatalistische Verständnis des Islam, das unseren Autor in dieser Gruppe das gefährlichste Hindernis für eine Modernisierung Pakistans sehen läßt. Dieser Fatalismus ist eine schwerwiegende Mißdeutung dieses Glaubens. Denn in Wahrheit gilt: "We were fortunate to have a religion which could serve as a vehicle of progress. But superstition and ritualism had given us a fatalistic outlook which was completely contrary to the teachings and message of Islam. Muslim society could not move forward unless Islam was relieved of all inhibiting and alien influence which had distorted its real character." Der Präsident verwirft daher die Forderung der Ulema, ihnen ein Recht auf Prüfung der Gesetze hin-

sichtlich deren Vereinbarkeit mit dem Islam einzuräumen (S. 198). Immerhin stellt er dem Parlament einen Ausschuß von Sachverständigen zur Seite, der es über die Vereinbarkeit von Vorlagen mit dem Islam zu beraten hat (S. 199; S. 220).

Die Verfassung selbst muß, wie immer wieder hervorgehoben wird, einzig und allein Lage und Geist des Volkes entsprechen (etwa S. 186). Deshalb kommt Demokratie nicht als ein universales Schema, sondern nur in einer für Pakistan geeigneten Variante in Betracht (S. 61; S. 188: Demokratie — "but of a type that suits the genius of the people"). Damit ist konkret gemeint „controlled form of democracy“ (S. 188) —, wobei „controlled“ wohl weniger als „beherrscht“ denn als „balanciert“ oder „diszipliniert“ (S. 216) zu verstehen ist. Diese Art von Demokratie kann und darf sich in Pakistan nicht durch das Parlamentarische, sondern nur durch das Präsidialsystem erfolgreich verwirklichen (S. 85; S. 192; S. 193). Eine solche Demokratie ist von unten aufzubauen — die sogenannte Basic Democracy (S. 209 ff.). Damit ist praktisch gemeint: Die Urwähler wählen Kollegien, die ihrerseits wieder Provinzial- und Nationalversammlungen, vor allem aber den Präsidenten wählen. "Such an election system would be more easily manageable and would make for a good deal of responsibility" (S. 189; vgl. auch S. 214). Es dreht sich eben alles darum, "that Pakistan needed a strong government capable of taking decisions which might not be popular but which were necessary for the safety, integrity and, in particular, development of the country" (S. 213).

Diese „Autobiographie“, die mehr eine Regierungserklärung eines bedeutenden Staatsmannes ist, bietet eine angenehme und unterrichtende Lektüre. Der Stil ist sachlich, die Darstellung kundig. Ohne Kenntnis dieses Buches wird man Politik und Verfassung Pakistans nicht verstehen können.

Prof. Dr. Herbert Krüger

DAVID HOWARTH

### The Desert King

Ibn Saud and His Arabia

McGraw-Hill Book Company, New York 1964, 307 S.; mit Literaturangaben und Index

Howarth hat für seine Biographie die Akten des Foreign Office herangezogen, soweit sie nach der 50-Jahre-Frist benutzbar waren, hat Zugang zu den Archiven der Aramco in deren Bibliothek in Dharan gehabt und ist in Arabien herumgereist, um die noch lebenden Zeugen des Aufstiegs Ibn Sauds vom exilierten Wahabitenprinzen zum Beherrscher eines erneuerten saudischen Reiches, die Wandlung des armen Wüstenfürstentums zum reichen Ölstaat sowie die Hinkehr des unter britischem Protektorat stehenden Landes zum US-Ölkapital zu befragen. Das vorliegende Ergebnis dieser Untersuchung ist das bisher beste und aufschlußreichste Werk über den großen Wahabitenherrscher, auch wenn es, wie es bei dem weitgehenden Mangel an Quellen — von der Benutzung von Archiven in Mekka oder Riadh oder der Heranziehung des offiziellen saudischen Organs Umm el Kora ist nicht die Rede — nicht anders sein kann, nicht allenthalben zu letzter Exaktheit vordringen kann. Von der Nachzeichnung des Aufstiegs Ibn Saud vom Anführer einer Gruppe entschlossener Anhänger, mit denen er 1901 die Hauptstadt Riadh wieder in seinen Besitz brachte, zum Konferenz-Partner von Churchill und Roosevelt im Jahre 1945 kann hier abgesehen werden. Von Belang aber sind die Schlußfolgerungen Howarths. Danach starb Ibn Saud 1953 als ein tief unglücklicher Mann: er hatte den Reichtum, den ihm das Öl brachte, nicht gewollt; er wußte damit nichts anzufangen; er war ihm zutiefst zuwider. Ibn Saud war ein echter König der Wüste gewesen, dessen Stärke das Paktieren oder Kämpfen mit den arabischen Stämmen gewesen war; der Umgang mit Ölmanagern lag ihm nicht; die Ausbreitung von Reichtum und Luxus bei den Prinzen seiner Familie beunruhigten ihn, stand der einfachen